



Nr. 24

8. Juli 2015

Inhalt

[Sozial- und Erziehungsdienst: Start der Mitgliederbefragung+++](#)

[ElterngeldPlus begrüßt – Flexibilisierung geht aber
nicht weit genug+++](#)

[dbb bundessenorenvertretung zu Wohnungseinbrüchen:
Vorbeugen besser als heilen+++](#)

[Start-Broschüren: Neuauflagen stehen zum Download bereit+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Neue Vereinbarung zu „Arbeit und Gesundheit“ in der
Landesverwaltung Niedersachsens+++](#)

[dbb schleswig-holstein: Landesregierung setzt Kampagne
in Taten um+++](#)

[dbb brandenburg im Gespräch mit Landeschef der CDU+++](#)

[GDL klagt gegen Gesetz zur Tarifeinheit+++](#)

[DPhV findet späteren Schulbeginn „unsinnig“+++](#)

[BLBS gegen Abschaffung der Bundesjugendspiele+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Sozial- und Erziehungsdienst: Start der Mitgliederbefragung

(dbb) Seit dem 25. Februar 2015 verhandelt der dbb mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) über eine bessere Eingruppierung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Die Arbeitgeberseite war in sechs Verhandlungsrunden nur zu marginalen Zugeständnissen bereit, die keine substantielle Aufwertung der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst bedeuten würden. Um den festgefahrenen Tarifkonflikt zu entschärfen, haben sich die Tarifvertragsparteien auf die Durchführung einer Schlichtung verständigt. Seit dem 22. Juni 2015 liegt die einvernehmliche Einigungsempfehlung der Schlichter Georg Milbradt und Herbert Schmalstieg vor. Für dessen Annahme haben sich nach intensiven Diskussionen sowohl die Schlichtungskommission der Arbeitgeber als auch die der Gewerkschaften ausgesprochen.

Die im Schlichterspruch abgebildete Kompromisslinie zwischen der VKA und den Gewerkschaften ist mühsam zustande gekommen. Sie verbessert in vielen Fällen die Situation der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Es konnten allerdings nicht alle gewerkschaftlichen Forderungen durchgesetzt werden. Wenn der in der Schlichtung ausgehandelte Kompromiss einen Beitrag leisten soll, den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes zu befrie-

den und diese Berufe attraktiver zu gestalten, dann geht das nur, wenn die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die vier Wochen gestreikt haben, sich auch hinter diesen Kompromiss stellen. Deshalb hat sich die dbb-Verhandlungskommission für eine Mitgliederbefragung ausgesprochen. Seit dem 6. Juli 2015 führen der dbb und seine Mitglieds-gewerkschaften eine solche Befragung durch. (01/24/15)

ElterngeldPlus begrüßt – Flexibilisierung geht aber nicht weit genug

(dbb) Als „richtig und wichtig“ hat die dbb bundesfrauenvertretung die Möglichkeiten bewertet, die das neue ElterngeldPlus bietet. „Es gibt jungen Familien Zeit, um Kind und Beruf gleichermaßen gerecht zu werden“, sagte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, am 1. Juli 2015 in Berlin zum Inkrafttreten des Elterngeld-Plus.

Die Flexibilisierung gehe aber noch nicht genug auf die Bedürfnisse junger Eltern ein. „Von den Arbeitszeitmöglichkeiten, die die Neuregelung bringt, profitieren nur Eltern, die sich eine Wochenarbeitszeit von 25 bis 30 Stunden einrichten können. Das geht leider an der Realität vorbei. Gerade in der frühen Familienphase ist erfahrungsgemäß eine Untergrenze von 20 Stunden realistischer“, gab Wildfeuer zu bedenken.

Positiv an der Neuregelung sei, dass nicht in Anspruch genommene Elternzeit nun für 24 (statt bisher zwölf) Monate auf einen späteren Zeitraum übertragen werden darf. „Allerdings

ist die Übertragung von Elternzeit nur bis zum achten Lebensjahr des Kindes möglich. Aber beispielsweise auch beim Wechsel auf die weiterführende Schule oder zu Beginn der Pubertät würden viele Eltern ihre Kinder gern stärker als bisher unterstützen, denn oftmals endet die Möglichkeit einer Ganztagsbetreuung mit der Grundschulzeit. Die dbb bundesfrauenvertretung wird sich deshalb auch weiterhin für eine Übertragungsmöglichkeit bis zum 14. Lebensjahr des Kindes und eine insgesamt flexiblere Gestaltung des Elterngeld- und Erziehungszeitgesetzes einsetzen“, so Wildfeuer. (02/24/15)

dbb bundesseniorenvertretung zu Wohnungseinbrüchen: Vorbeugen besser als heilen

(dbb) „Auch wenn ältere Menschen möglicherweise besonders unter den Folgen von Wohnungseinbrüchen leiden – die extreme Zunahme dieser Einbrüche geht alle an.“ Das sagte der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, zur Eröffnung

einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, zu der die dbb bundesseniorenvertretung am 4. Juli 2015 im Rahmen des 11. Deutschen Seniorentages in Frankfurt am Main eingeladen hatte. „Es reicht nicht, diese Entwicklung zu beklagen, vielmehr muss auch etwas dagegen getan werden“, forderte Speck.

Manche Menschen würden sich auch Jahre nach einem Einbruch in ihren eigenen vier Wänden noch nicht wieder sicher fühlen. Es komme vor, dass sie ihre Wohnung kaum noch verlassen – aus Angst, während ihrer Abwesenheit werde erneut eingebrochen. „Der Schaden geht also weit über den Wert gestohlener Gegenstände hinaus und ist vor allem nicht nur materieller Natur“, machte Speck

deutlich. Die Hilfsangebote für Betroffene müssten verbessert werden, damit für sie wieder eine gute Lebensqualität erreicht wird. Zudem sei zu bedenken, dass der Rückzug aus sozialen Kontakten und gesellschaftlichen Aktivitäten altersbedingte Erkrankungen begünstige. „Da ist vorbeugen sicher leichter als heilen“, stellte Wolfgang Speck fest.
(03/24/15)

Start-Broschüren: Neuauflagen stehen zum Download bereit

(dbb) Die jährlich neu erscheinenden Start-Broschüren für Auszubildende im öffentlichen Dienst sowie Beamtenanwärterinnen und -anwärter sind ab sofort in überarbeiteter Version online abrufbar. Die gedruckten Exemplare werden aktuell gemäß den Bestellungen an die Fachgewerkschaften versandt. Da keine Überexemplare vorhanden sind, sind Nachbestellungen nicht möglich. Es besteht aber auf der Homepage des dbb die Möglichkeit zum kostenlosen Download (www.dbb.de).

Auch in diesem Jahr werden wieder zahlreiche junge Menschen eine Ausbildung im öffentlichen Dienst antreten oder in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf übernommen. Die jungen Kolleginnen und Kollegen stehen damit vor dem Eintritt in die Berufswelt und werden mit zahlreichen Anregungen, Informationen und Eindrücken konfrontiert. Egal, ob im Tarifbereich oder als Beamte auf Widerruf – gerade zu Beginn dieses neuen Lebensabschnitts ist es als Gewerkschaft wichtig, sich zu präsentieren und dabei Sachkompetenz als gewerkschaftlicher Dienstleister zu zeigen. Der dbb beamtenbund und tarifunion hat deshalb in den vergangenen Jahren für diese neuen Kolleginnen und Kollegen die Broschüren „START –

Ausbildung im öffentlichen Dienst“ und „START für den Beamtenbereich“ herausgebracht.

Beide Broschüren bieten vor allem eine Übersicht über die Rechte und Pflichten der Auszubildenden beziehungsweise Anwärter/innen. Auch die gewerkschaftliche Arbeit mit und für Auszubildende beziehungsweise Anwärter/innen z.B. in der Jugend- und Auszubildendenvertretung wird beleuchtet. Schließlich widmet sich ein Kapitel der Abschlussprüfung beziehungsweise Laufbahnprüfung sowie Formulierungen in Zeugnissen, die zwar gut klingen, aber durchaus zu Fallstricken werden können.
(04/24/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Neue Vereinbarung zu „Arbeit und Gesundheit“ in der Landesverwaltung Niedersachsens

(dbb) Die niedersächsische Landesregierung und die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen des Landes haben am 8. Juli 2015 in einer Vereinbarung gemeinsam wesentliche Neuerungen und Verbesserungen für den Bereich „Arbeit und Gesundheit“ in der niedersächsischen Landesverwaltung festgelegt. Die Vereinbarung wurde vom niedersächsischen Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, sowie den Vorsitzenden des NBB -

Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Friedhelm Schäfer, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt, Hartmut Tölle, und des Niedersächsischen Richterbundes, Frank Bornemann, unterzeichnet.

Neu ist insbesondere das Angebot unter dem Namen „CARE“ (Chancen auf Rückkehr ermöglichen). Dahinter verbirgt sich eine psychosoziale Beratung und Unterstützung bei besonderen persönlichen und beruflichen Belastungen sowie bei der Suche nach Therapieangeboten und Rehabilitationsplätzen. Die Beratung ist vertraulich und freiwillig. Dieses Angebot der psychosozialen Unterstützung für die Beschäf-

tigten einer Landesverwaltung sei in dieser Form bundesweit einmalig, hieß es. Weitere Regelungen betreffen Arbeitsschutz, Suchtprävention, individuelle Gesundheitsförderung, strukturiertes Gesundheitsmanagement und ein Eingliederungsmanagement nach längerer Erkrankung.
(05/24/15)

dbb schleswig-holstein: Landesregierung setzt Kampagne in Taten um

(dbb) Die Personaldecke im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein ist auf Kante genäht und die allgemeinen Rahmenbedingungen müssen sich verbessern. „Darin sind sich Politik und dbb schleswig-holstein einig“, erklärte die dbb Landesvorsitzende Anke Schwitzer am 8. Juli 2015. Die Nachwuchskampagne der Landesregierung müsse dringend fruchten.

„Wir freuen uns, dass aus der Kampagne der Landesregierung auf dem Papier nun echte Taten abgeleitet werden“, so Schwitzer weiter. Sowohl eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit als auch eine finanziell unterfütterte Anhebung der Einstiegsämter seien dafür klare Zeichen.

„Auch der Personalerhalt im Vollzugsbereich der Polizei ist eine richtige Maßnahme. Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen,

dass an anderen Stellen weiterhin eine Lücke zwischen der Soll- und Ist-Besetzung in allen Ressorts besteht. Solange dies so ist, bleiben wir bei unserer Forderung, dass zusätzliche Aufgaben nur mit zusätzlichem Personal erledigt werden können und andererseits ein Personalabbau von einem entsprechenden Aufgabenabbau-Konzept begleitet werden muss.“
(06/24/15)

dbb brandenburg im Gespräch mit Landeschef der CDU

(dbb) Zu einem ersten Gespräch mit dem Landesvorsitzenden der CDU Brandenburg Ingo Senftleben und dem Abgeordneten Björn Lakenmacher ist die Landesleitung des dbb brandenburg am 8. Juli 2015 zusammengekommen. Von der Spitze des dbb Landesbundes dabei waren der Landesvorsitzende Ralf Roggenbuck und die stellvertretenden Landesvorsitzenden Kathrin Wiencek und Frank Nachtigall.

Roggenbuck stellte zunächst die Arbeit des dbb brandenburg und seiner Mitgliedsorganisationen vor. Senftleben nannte Innere Sicherheit und Bildung als Schwerpunkte des politischen Handelns der

CDU. Zudem werde seine Partei weiter intensiv die Verwaltungsstrukturreform begleiten. Beide Seiten wollen den mit diesem Gespräch begonnenen Dialog fortsetzen.
(07/24/15)

GDL klagt gegen Gesetz zur Tarifeinheit

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) wird in Kürze vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen das Tarifeinheitsgesetz klagen. „Die Vorbereitungen dazu sind schon fast abgeschlossen“, sagte der stellvertretende GDL-

Bundvorsitzende Norbert Quitter am 7. Juli 2015 nach Unterzeichnung des Gesetzes zur Tarifeinheit durch Bundespräsident Joachim Gauck.

„Auch wenn das Gesetz jetzt unterschrieben ist, wird es noch lange nicht verfassungskonform“, so Quitter. „Wenn nur noch die größere Gewerkschaft im Betrieb Tarifverträge schließen darf, dann ist die kleinere – und wenn sie noch so stark organisiert ist – zum kollektiven Betteln verdammt, und das ist nicht mit der Koalitionsfreiheit vereinbar. Die GDL wird deshalb alle Hebel gegen die Zwangs-Tarifeinheit in Bewegung setzen.“

Quitter erinnerte daran, dass das Bundesarbeitsgericht bereits 2010 klargestellt hatte: Der Grundsatz der Tarifeinheit ist mit dem Grundrecht der Koalitionsfreiheit nicht vereinbar und die Verfassungsrechte von Gewerkschaftsmitgliedern haben Vorrang. Artikel 9 Absatz 3 besagt, dass sich Arbeitnehmer und -geber zur Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen dürfen, etwa in Gewerkschaften. Namhafte Verfassungsrechtler und selbst ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages hatten das Gesetz als unzulässigen Eingriff in das Grundgesetz bewertet.

Mit dem Gesetz zur Tarifeinheit würden genau die Gewerkschaften eliminiert, die noch etwas

bewirken, zeigte sich Quitter überzeugt. Berufsgewerkschaften haben aufgrund ihres Organisationsgrades zwischen 75 und 95 Prozent in den vergangenen Jahren die Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder entscheidend verbessert. So konnte die GDL seit 2007 die Löhne für DB-Lokomotivführer jährlich im Durchschnitt um fünf Prozent verbessern. Bundesweit sind jedoch inzwischen nur noch 20 Prozent der Beschäftigten Mitglied in einer Gewerkschaft. Quitter: „In Betrieben mit 82 Prozent Nichtmitgliedern lassen sich solche Verbesserungen bei Weitem nicht erreichen. Nur durch die speziell zugeschnittene Interessenvertretung, verbunden mit einer engen Mitgliederbindung sind die Berufsgewerkschaften überhaupt so stark geworden. Genau deshalb wollen uns die Arbeitgeberlobbyisten kaputt machen.“

Bei der Deutschen Bahn wird das Gesetz zur Tarifeinheit bis 2020 nicht angewendet. Darauf hatten sich die GDL und die DB in der Schlichtung verständigt.
(08/24/15)

DPhV findet späteren Schulbeginn „unsinnig“

(dbb) Als „jährlich wiederkehrenden, völlig unsinnigen medialen Sommerlochfüller“ hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) die erneute Diskussion um einen späteren Schulbeginn in Deutschland bezeichnet. Heinz-Peter Meidinger nannte den entsprechenden Vorstoß von Familienministerin Manuela Schwesig am 7. Juli 2015 eine „absolute Luftnummer und überflüssig wie ein Kropf“.

Der DPhV-Vorsitzende bestritt zwar nicht, dass es immer wieder Wortmeldungen von Schlafforschern gebe, die einen späteren Unterrichtsbeginn befürworteten, Tatsache sei aber, dass die Nachteile eines späteren Unterrichtsbeginns viel größer seien als die Vorteile. Aufgrund der engen Koppelung von beruflichen Arbeitszeiten und Schulbeginn, der Taktung der Schulbusse und insbesondere der Tatsa-

che, dass ein späterer Unterrichtsbeginn zwangsläufig zu permanentem Nachmittagsunterricht führen würde, gebe es in Deutschland auf absehbare Zeit keine Realisierungschance für solche Pläne, so Meidinger. „Es gibt auch kein anderes europäisches Land, in dem die Schule überwiegend erst um 9 Uhr beginnt“, fügte er hinzu.
(09/24/15)

BLBS gegen Abschaffung der Bundesjugendspiele

(dbb) „Immer nur als Zuschauer erleben, wie andere sich plagen, kann für Schülerinnen und Schüler beruflicher Schulen nicht der Sinn des Sports sein.“ Mit diesen Worten kom-

mentierte Eugen Straubinger, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Vorschläge zur Abschaffung der Bundesjugendspiele. „Unsere Schülerinnen und Schüler müssen lernen, sich im Beruf selbst zu plagen, dort ihren Mann/Frau zu stehen, um erfolgreich für sich und den Betrieb wirken zu können. Und dazu bietet der Sport mit den Bundesjugendspielen die ideale Grundlage“, sagte Straubinger am 7. Juli 2015.

Der BLBS habe sich schon immer dafür eingesetzt, dass der Sportunterricht an allen beruflichen Schulen in allen Bundesländern zum Unterricht gehört. Das sei nicht immer gelungen, obwohl Fachleute bestätigen, dass er auch für die berufliche Ausbildung förderlich ist. Sport biete Gelegenheit, die eigene Gesundheit zu fördern, sich im Team einzubringen und damit soziale Kompetenz zu entwickeln, Spaß und Freude an einer Tätigkeit zu gewinnen oder beruflichen Stress abzubauen. Straubinger weiter: „Beim Sport in der Schule und damit

auch bei den Bundesjugendspielen lernen die Jugendlichen zudem, wie schön es ist, Siege zu erringen aber auch, wie es ist, wenn man das selbst gesteckte Ziel nicht erreicht oder gar Niederlagen einstecken muss.“ Im späteren Beruf seien sportliche und wettkampfmäßige Erfahrungen Gold wert. „Daher plädiere ich für die Beibehaltung der Bundesjugendspiele und wieder einmal für den regulären Sportunterricht an allen beruflichen Schulen“, so Straubinger.
(10/24/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am Rande der Eröffnung des 11. Deutschen Senientages am 2. Juli 2015 in Frankfurt am Main erklärte die Zweite Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung, **Uta Kramer-Schröder**, das Motto des Senientages „Gemeinsam in die Zukunft“ dürfe nicht nur für die drei Veranstaltungstage, sondern müsse für die nächsten drei Jahre Programm sein. „Wir können die vor uns liegenden Probleme nur gemeinsam mit den jüngeren Generationen bewältigen“, so Uta Kramer-Schröder. Alle sollten sich darüber im Klaren sein, dass Probleme zwar mal stärker ältere, mal besonders jüngere Menschen betreffen. „Letztlich gehen sie uns aber alle an.“ Der 11. Deutsche Senientag sei eine gute Gelegenheit, dies zu vermitteln.

Der dbb brandenburg hat den Agrar- und Umweltminister Jörg Vogelsänger in einem Gespräch am 6. Juli 2015 aufgefordert, den umstrittenen „Maulkorberlass“ zurück zu nehmen. Vogelsänger hatte in einem Schreiben im April 2015 die Ministeriumsmitarbeiter dazu aufgefordert, auch bei ehrenamtlichen Tätigkeiten in ihrer Freizeit vom Ministerium gebilligte Meinungen zu vertreten. Dies verstoße gegen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, so der Landesvorsitzende des dbb brandenburg, **Ralf Roggenbuck**. Vogelsänger sicherte eine kurzfristige Prüfung der Bedenken zu und

versprach, zeitnah über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

Die Verschärfung der strafbefreienden Selbstanzeige zeigt Wirkung: Die Zahl der Selbstanzeigen von Steuersündern im Zusammenhang mit Konten in der Schweiz und Lichtenstein ist in den ersten Hälfte des Jahres eingebrochen. Dies geht aus Zahlen der Steuerbehörden von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen vor, wie die „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 7. Juli 2015) berichten. In Baden-Württemberg, wo in den letzten Jahren immer am meisten Selbstanzeigen eingingen, wurden in den ersten Monaten nur noch 1.505 Selbstanzeigen gezählt - weniger als ein Drittel des Vorjahreswertes. In Nordrhein-Westfalen hat sich die Zahl der Selbstanzeigen von Januar bis Ende Juni etwa halbiert – auf 2.498. Seit Beginn 2015 muss die Selbstanzeige lückenlos die letzten zehn Jahre abdecken; früher waren es fünf Jahre, zudem wird ab 25.000 Euro hinterzogenen Steuern ein Strafzuschlag fällig, früher lag die Grenze bei 50.000 Euro. Der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** kommentiert die Zahlen in der Zeitung so: „Es zeigt sich, dass es nach wie vor hartgesottene Leute gibt, die noch fünf nach zwölf und zu deutlich schlechteren Konditionen kommen.“ Die Zahlen seien zudem ein Beleg dafür, dass sich die Steuerhinterziehung mit Konten in der Schweiz immer noch nicht endgültig erledigt hat: „Wer

jetzt noch kommt, handelt aus Furcht vor dem automatischen Steuerdatenaustausch, der 2017 kommt.“

Der BLBS ist erfreut darüber, dass sich die Fachpolitiker der Koalition mit Bildungsministerin Johanna Wanka auf Eckpunkte für eine Gesetzesnovelle geeinigt haben, die das Meister-BAföG attraktiver machen. Das erklärte **Eugen Straubinger**, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), am 7. Juli 2015. Die Leistungen gibt es für Vollzeit- und Teilzeitfortbildungen. An den Meister- und Technikerschulen, an denen Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen unterrichten, waren 2014 die gefragtesten Fortbildungsberufe bei den Männern der geprüfte Industriemeister Metall, gefolgt vom staatlich geprüften Maschinenbautechniker und dem Kraftfahrzeugtechnikermeister, die später den Weg in die Selbstständigkeit wählen und damit Arbeitsplätze schaffen. Bei den Frauen waren die häufigsten Berufe die staatlich geprüfte Erzieherin oder Friseurmeisterin. Außerdem werden mit dem Meister-BAföG Aufstiegsfortbildungen unter anderem zum staatlich geprüften Techniker oder zur Fachkrankenschwester unterstützt.

Als „wirksamen Beitrag zur Korruptionsprävention und Transparenz“ hat das **Bundesministerium des Innern (BMI)** den Sechsten Bericht über die Sponsoringleistungen an die Bundesverwaltung bewertet. Das BMI hat den Bericht dem Deutschen Bundestag am 29. Juni 2015 zugeleitet. Er gibt Auskunft über die Leistungen Privater (Sponsoring, Spenden, sonstige Schenkungen) in den Jahren 2013 und 2014 an die Behörden der unmittelbaren und mittelbaren Bundesverwaltung, an die Gerichte des Bundes und die Bundeswehr. Im Berichtszeitraum wurden Sponsoringleistungen im Wert von insgesamt rund 89,7 Millionen Euro angenommen. Davon entfallen rund 67,7 Millionen Euro auf Kampagnen zur Gesundheitsprävention, für die u.a. Werbeflächen und Sendezeiten in Hörfunk und Fernsehen kostenlos zur Verfügung gestellt wurden. „Ohne die finanzielle Unterstützung der Bundesverwaltung durch private Personen oder Institutionen hätten diese und viele weitere Vorhaben nicht oder nur in deutlich geringerem Umfang verwirklicht werden können. Im Vergleich zum Bundeshaushalt ist der Anteil der Sponsoringleistungen verschwindend gering“, erklärte das BMI.
(11/24/15)